

Staatskanzlei*Information*

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Regierungsrat will Wasserqualität hochhalten**

Solothurn, 6. März 2018 - Bäche, Flüsse, Seen und das Grundwasser werden von zahlreichen Substanzen belastet, die bereits in sehr geringen Konzentrationen schädigend wirken. Der Bund schlägt zur Bestimmung deren Grenzwerte nun eine neue Methodik vor. Der Regierungsrat ist damit einverstanden, verlangt aber, dass die Wasserqualität dadurch nicht schlechter wird.

Vielerorts in der Schweiz werden Mikroverunreinigungen, das heisst Substanzen, die bereits in sehr geringen Konzentrationen schädigend wirken, in relevanten Konzentrationen in Oberflächengewässern und im Grundwasser nachgewiesen. Dazu gehören beispielsweise Pestizide. Diese Substanzen können Wasserlebewesen schädigen.

Bisher stützte sich die Beurteilung der Wirkungen dieser Substanzen auf einen einheitlichen Grenzwert ab. Für bestimmte Lebewesen ist dieser Wert bei einzelnen Substanzen jedoch viel zu hoch, bei anderen Stoffen sind die Umweltrisiken selbst bei höheren Konzentrationen unbedeutend. Neu sollen toxikologische Nachweise bei Pflanzen, Mikroorganismen und Fischen als Grundlage für die Festlegung der Werte herangezogen werden. Diese Vorgehensweise geht Hand in Hand mit den Zielen des Aktionsplanes zur Risikoreduzierung von Pflanzenschutzmitteln.

Der Regierungsrat begrüsst dieses Vorgehen. Er verlangt jedoch zusätzlich, dass für die Substanzen Höchstwerte festgelegt werden. Die Wasserqualität soll mit der neuen Messmethode nicht schlechter werden, als sie heute ist. Damit wird einem wichtigen Grundsatz des Gewässerschutzes nachgelebt, welcher besagt, dass Stoffe, die durch menschliche Tätigkeit ins Wasser gelangen können, nur in nahe bei null liegenden Konzentrationen vorkommen dürfen.

Zugleich teilt der Regierungsrat die Sorge vieler, dass die Wirkung von Substanzmischungen vom Bund nicht ausreichend gewichtet wurde. Die Qualität unserer Trinkwasserressourcen soll auch weiterhin zweifelsfrei gewährleistet sein.